

Medienmitteilung

Bilaterale sichern und in der Verfassung verankern

BDP fordert Gegenvorschlag zur RASA-Initiative

Für die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP hat der Erhalt der bilateralen Verträge grösste Priorität. Sie fordert deshalb einen Gegenvorschlag zur RASA-Initiative, der die Bilateralen in der Verfassung verankert. Nur so kann der Volkswille nach einer tieferen Zuwanderung unter Beibehaltung der bilateralen Verträge umgesetzt und die schädliche Unsicherheit gestoppt werden, die das Erfolgsmodell Schweiz schwächt.

Die am Freitag vom Bundesrat präsentierten Umsetzungsvorschläge kommen spät und sind nur ein Teil der Lösung. Für die BDP muss in erster Linie und dringend geklärt werden, dass die Schweiz die bilateralen Verträge beibehalten wird. Die damit verbundene Unsicherheit ist schädlich, und der Bundesrat zeigt bisher nicht auf, wie er diese Unsicherheit eliminieren will. Die BDP fordert deshalb eine möglichst rasche parlamentarische Behandlung der so genannten „RASA-Initiative“. Diese ist eine Realität, die nicht einfach ignoriert werden kann. Das Parlament würde dadurch die Gelegenheit erhalten, über einen entsprechenden Gegenvorschlag, die Zukunft der bilateralen Verträge zu sichern.

Nach wie vor gilt es, den Volkswillen nach einer tieferen Zuwanderung umzusetzen. Die BDP ist deshalb klar der Meinung, dass nur über eine konsequente Förderung inländischer Arbeitskräfte die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften und damit die Zuwanderung spürbar reduziert werden kann. Auch hier wurde bisher leider sehr viel Zeit verloren. Die BDP kann nicht verstehen, dass der Bundesrat bei der Fachkräfteinitiative nicht rascher vorwärts macht und die BDP bei entsprechenden [Vorstössen](#), die v.a. weibliche und ältere Arbeitskräfte besser in den Arbeitsmarkt integrieren wollen, immer wieder vertröstet.

Auskunft:

NR Martin Landolt, Präsident, 079 620 08 51

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

06.03.2016